



35

**Jahre
Hartz IV für
seine Erfinder!**

Wir müssen reden...

...weil Kapitalismus schon immer scheiße ist und UmFAIRteilen nicht ausreicht!

Diese Krise macht wieder einmal deutlich, dass Kapitalismus und dauerhafter allgemeiner Wohlstand einfach nicht zusammen gehen. Besonders Deutschland hat die Kosten und Auswirkungen der Krise lange auf andere abgewälzt. Es wird mit reichlich Stolz auf den eigenen Verzicht der nationale Standort verteidigt. Hierfür werden gerne Arbeitszeitverlängerungen, Nullrunden und andere Einschnitte in Kauf genommen. Doch die Krise kommt auch in Deutschland an. Nun stellen auch diejenigen, die sich der oben beschriebenen Wohlstands-Illusion über Jahrzehnte bequem hingaben, fest, dass der Wohlfahrtsstaat im Kapitalismus auf Dauer keinen Platz hat.

Kapitalismus heißt Krise

Mitten in der Krise ruft ein UmFAIRteilen-Bündnis den Staat zur Hilfe, er möge Reiche höher besteuern. Es wird an die Parteien und politischen Spektren appelliert, die Hartz IV und andere Schweinereien eingeführt haben, sie mögen den Klassenkampf von oben doch etwas sozial verträglicher führen.

Dabei werden grundsätzliche Problematiken, interessante Forderungen und mögliche Handlungsweisen erst gar nicht betrachtet: die Verteilung von gesellschaftlicher Macht, die Rolle des Staates, die Forderung nach freien Migrationsbewegungen und vor allem mögliche Widerstandsformen gegen Verarmung und eine autoritäre Krisenpolitik!

Der ständige brutale Angriff und die Zerstörung sozialer Garantien und demokratischer Rechte hat vor allem zum Ziel das System Kapitalismus zu sanieren um dessen vorherige Leistungsfähigkeit wieder herzustellen. Daran ändert auch eine Vermögenssteuer nichts.

Wir müssen handeln...

...weil wir es unerträglich finden, denjenigen die Wähler*innen zu organisieren, die Hartz IV & Co eingeführt, Kriege begründet, das Asylrecht abgeschafft haben und alles dafür tun, den Kapitalismus zu sanieren.

Unsere Ansätze gehen in eine andere Richtung. Wir wollen soziale Kämpfe gegen eine Verarmungs- und Privatisierungspolitik europa- und weltweit solidarisch führen und miteinander solidarisch handeln.

Dazu sollten wir uns öffentlich Plätze wieder aneignen, sie besetzen, Zwangsräumungen verhindern, Stromsperrern umgehen, Großdemonstrationen, Selbstverwaltung und Selbsthilfe organisieren, die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen laut werden lassen, eine solidarische Ökonomie und Generalstreik praktisch werden lassen.

Umverteilen reicht nicht — lasst uns handeln!